

Ausschreibung

KARL ARNOLD-PREIS 1988

Die Christlich Demokratische Union Nordrhein-Westfalen zeichnet Personen, die sich durch Wort, Schrift oder Handeln mutig und engagiert für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Erneuerung Nordrhein-Westfalens einsetzen oder eingesetzt haben, mit dem Karl Arnold-Preis, verbunden mit einem Geldpreis in Höhe von DM 10 000,- aus.

Die Preisträger werden durch Ausschreibungen, Bewerbungen oder Benennungen von einer unabhängigen Jury ausgewählt. Der Rechtsweg ist in jedem Fall ausgeschlossen. Selbstbewerbungen sind nicht zugelassen.

Mitglieder der Jury sind:

Prof. Dr. Gertrud Höhler, Professor für Literaturwissenschaften, Paderborn

Rudolf v. Benningsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der VEBA AG, Düsseldorf

Jan Brügelmann, Geschäftsführer der Firma Brügelmann Söhne, Köln

Hans Katzer, Bundesarbeitsminister a. D., Köln

Georg Leber, Bundesverteidigungsminister a. D., Berchtesgaden

Prof. Dr. Peter Ludwig, Fabrikant, Kunsthistoriker und Kunstmäzen, Aachen

Dr. Joachim Sobotta, Chefredakteur der Rheinischen Post, Düsseldorf

Prof. Dr. Gerhard W. Wittkämper, Direktor des Instituts für Politikwissenschaften der Universität Münster

Bewerbungen und Vorschläge werden bis zum 15. Oktober 1988 erbeten an:

CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5
4000 Düsseldorf 1

Regierung Rau betreibt ideenlose Sozialpolitik

Die Heranziehung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit hat die CDU-Landtagsfraktion angeregt. Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Hermann-Josef Arentz, forderte die Kommunen auf, die entsprechenden Regelungen nach dem Bundessozialhilfegesetz „auszuschöpfen“. Der CDU-Sozialexperte verwies in diesem Zusammenhang auf die „durchweg positiven Erfahrungen“ in Berlin, wo „dieses Programm seit mehreren Jahren erfolgreich läuft“.

Arentz: „Es ist durchaus zumutbar, wenn Sozialhilfeempfänger, die gesund sind und weder Kinder noch pflegebedürftige Angehörige zu betreuen haben, wöchentlich acht bis neun Stunden für ein Entgelt von ca. 120 Mark monatlich gemeinnützig arbeiten. Geben und Nehmen sind in unserer Gesellschaft keine Einbahnstraßen.“ Untersuchungen in Berlin hätten inzwischen gezeigt, daß diese Initiative von 80 bis 90 Prozent der her-

angezogenen Sozialhilfeempfänger positiv gewertet werde. „Sie können neue soziale Kontakte knüpfen sowie ihre Arbeitsfähigkeit trainieren und nachweisen.“ Dies sei für Bewerbungen um Dauerarbeitsplätze von entscheidender Bedeutung, meinte der CDU-Sozialpolitiker. In Berlin seien inzwischen über ein Anschlußprogramm des Senats mehr als 1 000 Sozialhilfeempfänger über gemeinnützige Arbeit in feste Beschäftigungsverhältnisse oder AB-Maßnahmen vermittelt worden. Darüber hinaus sei es gelungen, den mißbräuchlichen Bezug von Sozialhilfe durch offensichtlich nicht Bedürftige einzuschränken.

Arentz sprach NRW-Sozialminister Heinemann das Recht ab, die Initiative des Berliner Sozialsenators Ulf Fink „pauschal und ohne Kenntnis der Sachlage zu diskreditieren“. „Heinemann sollte sich zunächst vor Ort umsehen und mit den Betroffenen reden, bevor er neue Wege in der Sozialpolitik vorschneidet und polemisch als entwürdigende Schikane und Almosenempfang abwertet“, meinte der CDU-Sozialpolitiker. Heinemann verschweige, daß in Berlin nicht nur „das Fegen von Grünanlagen“, sondern ein breites Spektrum von Tätigkeiten bis hin für Sozialhilfeempfänger mit akademischer Ausbildung angeboten werde. Arentz: „Dieses Vorgehen ist typisch für die verkrustete und ideenlose Sozialpolitik der Regierung Rau. Statt den zuständigen Kommunen politische Rücken- deckung für neue sozialpolitische Strategien zu geben, verharret die Landesregierung in bürokratischen Verkrustungen und erstickt neue Initiativen aus purem Opportunitätsdenken im Keim.“

Zukunft für die Schule

In wenigen Tagen startet die CDU Nordrhein-Westfalen die Aktion „Schule“. Landauf, landab will die Regierung Rau fast 1 000 Hauptschulen auf dem Altar der Gemeinschaftsschulen opfern und mit einem Programm der Zentralisierung der Schule in der Nachbarschaft den Garaus machen. Die CDU NRW hat unter Federführung von Herbert Reul, MdL, Perspektiven für eine zukunftsgerichtete Schulpolitik formuliert. In der Aktion „Schule“ sollen sie jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Auftaktveranstaltung dieser Aktion findet am 26. August mit unserem Landesvorsitzenden Norbert Blüm in Kerpen-Buir statt. Zu dieser Aktion stellt der Landesverband Aktionsmaterialien zur Verfügung (Faltblatt „Schule — Wir stellen Zukunft auf die Beine“, Rahmenplakat DIN A2, Aufkleber). Mustermappen haben die Kreisverbände zwischenzeitlich erhalten und können dort eingesehen und bestellt werden.

Entsorgungsanlagen auch gegen örtliche Widerstände durchsetzen

„Die konkreten Pläne für den Bau von Verbrennungsanlagen, die die Sondermüll- und Altlastenprobleme in dieser Region lösen können, werden von der Ruhrgebiets-CDU begrüßt und politisch ausdrücklich unterstützt“, diese Feststellung traf der Vorsitzende des CDU-Bezirksverbands Ruhrgebiet, Dr. Norbert Lammert, MdB.

Ohne eine sichere Entsorgung für umweltgefährliche Industrieabfälle habe das Ruhrgebiet keine Aussichten als Zukunftsstandort für Unternehmen. Es werde sich zeigen, daß als bevorzugte Investitionsschwerpunkte die Städte ausgewählt werden, die hier am weitesten vorankommen, meint Lammert. Das gelte ebenso für die Aufbereitung verseuchter Flächen.

Die eindeutige Position der CDU dazu sei, daß „das Ruhrgebiet seine Müll- und Altlastenprobleme selbst und vor Ort lösen muß. Ein Export dieser Stoffe zu Lasten anderer Regionen ist nicht länger zu verantworten.“ Dies habe der Bezirksverband in seinem kürzlich verabschiedeten Regionalprogramm ausdrücklich bekräftigt, unterstreicht der Vorsitzende. Darin sieht die CDU Ruhrgebiet die „Hochtemperaturverbrennung als das zur Zeit einzig ernstzunehmende Verfahren an, das im nötigen großtechnischen Betrieb einsetzbar ist“.

Solche Anlagen müssen daher auch gegen örtliche Widerstände durchgesetzt werden, sagt Lammert weiter: **Die Aufgabe der Zukunftssicherung dürfe nicht an Individualinteressen scheitern.** Dabei steht für den Bezirksvorsitzenden „das Recht der Bevölkerung insbesondere in den betroffenen Stadtteilen auf frühzeitige, ausführliche und ehrliche Informationen und umfassende Maßnahmen zum Schutz vor ökologischen und gesundheitlichen Gefahren aus dem Betrieb der Verbrennungsanlagen“ außer Frage.

Der Bau von Müllverbrennungs- und Bodenreinigungsanlagen in jeder Stadt im Ruhrgebiet sei weder möglich noch nötig, meint Lammert. Der CDU-Bezirksvorsitzende for-

dert die Kommunen und Betreiberfirmen auf, die für Bochum, Essen, Dortmund, Castrop-Rauxel und andere Standorte vorgesehenen Entsorgungsunternehmen für Müllverbrennung und Aufbereitung verseuchter Böden „in ein regionales Entsorgungskonzept mit städteübergreifenden Lösungen“ einzubinden.

Infos für die Gesundheit

Klar und übersichtlich stellt das Faltblatt „Argumente zur Gesundheitsreform“, das kürzlich von der CDU Nordrhein-Westfalen herausgegeben wurde, dar, warum das heiße Eisen „Strukturreform im Gesundheitswesen“ von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm angepackt werden mußte, nachdem die Sozialdemokraten jahrelang diese wichtige Reform verschlafen haben. Diese Broschüre, die bereits in vieltausendfacher Auflage von den Orts- und Kreisverbänden zur Verteilung angefordert worden ist, ist Teil eines **Informationspaketes**, das der Landesverband zur Verfügung stellt. Es enthält eine Musterrede, Folien für den Projektoreinsatz, Analysen der SPD-Vorschläge zur Gesundheitsreform und eben das **Argumentationsfaltblatt**. Angefordert werden können diese Informationsunterlagen wiederum über den Kreisgeschäftsführer. Für Veranstaltungen bietet die Landespartei einen speziellen **Rednereinsatz**. Anmeldungen für Terminverpflichtungen nimmt die Landesgeschäftsstelle unter der Telefonnummer (02 11) 1 36 00 16 (Herr Bercker) entgegen.

Termine

26. 8. 1988		Start: Aktionswoche Schule	Kerpen-Buir
30. 8. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
3. 9. 1988	10.30 Uhr	Schulpolitische Kundgebung mit Norbert Blüm	Leverkusen
3./4. 9. 1988		LFA Sport/Bu. Veranstaltung	Warendorf
8. 9. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
9. 9. 1988	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	
24. 9. 1988		Fachkongreß „Ist Arbeit alles? — Sport — Freizeit — Gesundheit“	Leverkusen
10./11. 9. 1988,	10.00 Uhr	5. NRW-Tag der JU	Lübbecke
1. 10. 1988		Kongreß: „Die Zukunft der Fachhochschulen. Ideen schmieden für unser Land“	Bochum
4. 10. 1988	17.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf
5. 10. 1988	15.00 Uhr	LFA Kulturpolitik	Erkelenz
8. 10. 1988	10.30 Uhr	KPV/NW-Fachtagung „Wasserwerke als Eigenbetrieb“	Kerpen
13. 10. 1988	19.00 Uhr	LFA Wirtschafts- und Strukturpolitik	Düsseldorf
14. 10. 1988		Unternehmergespräch mit Ministerpräsident Lothar Späth	Düsseldorf
15. 10. 1988	10.00 Uhr	Tagung „Sitzungen Wehrpflichtiger“	Augustdorf
18. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Dr. Erich Riedl, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium	Heinsberg
26. 10. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Umwelt- minister Karlheinz Weimar	Hessen
29. 10. 1988	10.00 Uhr	Fachtagung „50 Jahre Reichskristallnacht“	Münster
10. 11. 1988	19.00 Uhr	Unternehmergespräch mit Bundesminister Schäuble	Köln
11. 11. 1988	15.00 Uhr	LFA Sicherheitspolitik	
12. 11. 1988		5. Landesparteitag „Gemeinsam unser Land erneuern“	Aachen
15. 11. 1988	17.00 Uhr	LFA Wirtschafts- u. Strukturpolitik	Düsseldorf
25.—27. 11. 1988		Deutschlandtag	Baden-Baden
1. 12. 1988	19.00 Uhr	LFA Wissenschaft und Forschung	Düsseldorf